

Interpellation SVP-Fraktion:**«Mehrfachausschaffungen verhindern: Kosten senken, Sicherheit erhöhen**

In den Jahren 2019 bis 2023 führte der Kanton St.Gallen rund 940 zwangsweise Ausschaffungen von straffällig gewordenen ausländischen Staatsangehörigen durch. Diese Vollzugsmassnahmen verursachen erhebliche Kosten: von Administrativhaft über medizinische Abklärungen, Rechtsverfahren, polizeiliche Einsätze bis zu Transportkosten. Selbst einfache Rückführungen per Linienflug kosten durchschnittlich rund 4'000 Franken pro Person, komplexe Fälle können bis zu 15'000 Franken erreichen.

Ein besonderes Problem stellen Personen dar, die nach der Ausschaffung erneut illegal einreisen, sodass der gesamte Prozess von Haft, Begleitung und Transport wiederholt werden muss. Erfahrungen aus Nachbarkantonen zeigen, dass dies bei rund jedem zehnten Fall vorkommt.

Zu prüfen wäre, ob präventive Massnahmen wie verstärkte Grenz- oder Bahnhofskontrollen oder eine engere Überwachung bekannter Mehrfachtäter kosteneffizienter wären. Als Grenzkanton mit Übergängen nach Österreich und Liechtenstein sowie wichtigen Bahnverbindungen könnte St.Gallen besonders von solchen Massnahmen profitieren.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Ausschaffungen wurden in den letzten fünf Jahren im Kanton St.Gallen vollzogen, gestützt auf das Ausländer- und Integrationsgesetz, das Asylgesetz und das Dublin-Übereinkommen?
2. In wie vielen Fällen musste dieselbe Person mehrfach ausgeschafft werden?
3. Welche direkten und indirekten Gesamtkosten sind dem Kanton in den letzten fünf Jahren durch diese Rückführungen entstanden, beziffert nach den Kosten für die Administrativhaft, für Polizei- und Transportkosten?
4. Wie beurteilt die Regierung die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der heutigen Praxis im Vergleich zu möglichen präventiven Massnahmen (z.B. punktuelle Grenz- oder Bahnhofskontrollen, engere Überwachung von Wiederholungstätern)?
5. Wie steht der Kanton St.Gallen da, bezüglich Anzahl Rückführungen, Anteil Mehrfachfälle und durchschnittlicher Kosten pro Fall im Vergleich zu anderen Grenz- und Ostschweizer Kantonen, insbesondere dem Thurgau?
6. Wie beurteilt die Regierung das Potenzial für Massnahmen, um unnötige Mehrfachausschaffungen und die damit verbundenen Kosten künftig zu vermeiden?»